

Aktiv am Steuer statt Autopilot

Bundespolitik Beim politischen Aschermittwoch der CDU in Hechingen erklärten Spitzenpolitiker die Koalitionsverhandlungen und versuchten, Orientierung zu geben in der Zwischenphase. *Von Mario Beißwenger*

Auf die MS Deutschland nahm Annette Widmann-Mauz ihr Parteifreunde mit. Die hatten sich in der sehr gut gefüllten Remise der Domäne in Hechingen zum Aschermittwoch versammelt. Die Politikerin, noch Staatssekretärin, aber bei positivem Votum der SPD zur Regierungsbildung wohl Gesundheitsministerin, nahm das Bild vom soliden Motorschiff Deutschland, um die CDU-Politik zu erklären.

Das Schiff sei auf Kurs gewesen, „dann kam mit der Bundestagswahl eine wirkliche Zäsur und Ernüchterung“. Widmann-Mauz hätte sich gut eine Jamaika-Koalition vorstellen können. „Unter großen Schmerzen hätten Claudia Roth und Anton Hofreiter den Matrosenanzug angezogen.“ Weil das nicht geklappt hatte, fahre

Deutschland jetzt auf Autopilot, während Frankreich die Europapolitik bestimme und der amerikanische Präsident die internationale Politik umwälze.

Dabei gelte es, Politik selbst zu gestalten. Ganz zuerst für Wohlstand und Lebensqualität müsse die Union sorgen. Mit entschlossener Digitalisierung – und auch Straßenbau. „Jede hundert Meter Fortschritt auf der B27 bringt uns schneller an den Weltmarkt“, formulierte Widmann-Mauz, die gerne Bagger rollen sieht.

Mit weniger Nachdruck ging es ihr auch um den öffentlichen Nahverkehr, schon um Innenstadt-Sperrungen wegen Luftschadstoffen zu vermeiden. Die Schlüsseldressuren zur Sicherung der Lebensqualität seien bei der Union. „Das ist die Modernisierungsachse der Bundesregierung.“



Widmann-Mauz soll auf der MS-Deutschland als Ministerin mitfahren und macht Angaben zum Kurs des Schiffs. *Bilder: Franke*



Carsten Linnemann, Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung, würde mit AfD-Kollegen kicken, grenzt sich aber politisch von ihnen ab.

Ihr Thema zwei und drei waren innere und äußere Sicherheit und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Politik müsse „Handlungsfähigkeit sichtbar machen“, egal ob das jetzt Obergrenzen für Flüchtlinge heiße, Korridore oder Einschränkung des Familiennachzugs. Beim dritten Thema reklamierte die 51-Jährige soziale Gerechtigkeit als Kernkompetenz der Union und begrüßte das neue Heimatministerium. „Das ist nicht antiquiert.“

Sie bedauerte, dass der Finanzminister nicht mehr von der Union sein soll. Aber auch ein SPD-Minister müsse sich an den Koalitionsvertrag halten: also keine Steuererhöhungen und keine neuen Schulden. Trotzdem hielt der Gastredner Carsten Linnemann es für einen politischen Fehler, der SPD das Ministerium zu geben.

Linnemann kam verspätet aus Passau vom Aschermittwoch der CSU und zeichnete mit angegriffener Stimme die Gefahr, dass die SPD mit Finanz- und Außenministerium die Europapolitik bestimme und so eine Haftungsunion für Staatsschulden installieren könne.

Immerhin: „Es steht im Vertrag klar drin, dass der Finanzminister keine Dummheiten macht und nicht noch mehr Ideen entwickelt, wie man Geld verbraucht.“ Der Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung machte keine Hehl daraus, dass er lieber mit der FDP regieren würde („der natürliche Partner“), aber mit Kritik am möglichen Koalitionspartner SPD hielt er sich nicht auf.

Er rief den Parteimitgliedern die jüngsten Umfragen ins Ge-

dächtnis, mit Werten von unter 30 Prozent für die CDU/CSU und deutlich unter 20 für die SPD. „Eigentlich kann man nur aus nostalgischen Gründen von einer großen Koalition reden.“

Linnemann warb für das Kleingedruckte im Koalitionsvertrag. Für ihn wichtige Punkte: ein Moscheen-Register, um gegen radikale Islamisten vorzugehen; dass die Union endlich nach gut 20 Jahren Debatte ihren Frieden mit einem

„Eigentlich kann man nur aus nostalgischen Gründen von einer großen Koalition reden.“

Carsten Linnemann, CDU-Politiker

Einwanderungsgesetz gemacht habe, den Zuschlag auf die Mindestrente für langjährige Beitragszahler und eine bessere Erwerbsminderungsrente.

Bei der Abgrenzung von der AfD riet er zu einem konsequenten, aber entspannten Vorgehen. Als Fußballer werde er selbstverständlich mit den Rechtspopulisten im FC Bundestag kicken. Verunsicherten Wählern bot er aber einen klaren Unterschied zum rechten Rand.

Er höre bei seinen „Küchensprächen“ in seinem Wahlkreis: „Wir wollen nicht, dass es einen Rechtsruck gibt. Wir wollen, dass Regeln eingehalten werden.“ Da sei die Union auf dem richtigen Weg mit 15 000 Neueinstellungen bei Polizei, Zoll und Justiz.